

Einleitung

Die Bundestagswahl vom 28. September 1969 bedeutete für die bis dahin erfolgsverwöhnten Unionsparteien einen tiefen Einschnitt. Zwar blieben sie mit einem Stimmenanteil von 46,1 % stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag und konnten ihre führende Position im Parteienspektrum behaupten; das Wahlergebnis konnte sich also durchaus sehen lassen. Die CDU kam auf 36,6 % der Wählerstimmen und 193 Sitze, die CSU auf 9,5 % und 49 Sitze, beide insgesamt also auf 242 von 496 Sitzen. Die SPD erreichte 42,7 % (224 Mandate), während die FDP ein Debakel – „fast eine Katastrophe“¹ – erlebte und von 9,5 % (1965) auf 5,8 % einbrach, also fast halbiert wurde (30 Mandate). Hinzu kamen die 22 nicht voll stimmberechtigten Berliner Abgeordneten, von denen die SPD 13, die CDU acht und die FDP einen stellte. Die Unionsparteien hatten aber die absolute Mehrheit der Mandate verfehlt, so dass eine Regierungsbildung auch ohne sie möglich war. Schon vor Bildung der Großen Koalition Ende 1966 sah Kurt Georg Kiesinger die „Gefahr, daß eine Koalition zwischen SPD und FDP zustande kam und daß dann die CDU in die Opposition gedrängt wurde“.²

Bereits in der Wahlnacht verständigten sich SPD und FDP auf die Bildung einer Koalition. Auf diese Situation war die Union überhaupt nicht vorbereitet. Sofort setzten Bemühungen ein³, die Liberalen mit einem langfristigen Angebot und einem „umfassenden Regierungsprogramm für die siebziger Jahre in Bund und Ländern“⁴ doch noch für ein schwarz-gelbes Bündnis zu ködern. Diese Avancen liefen jedoch ebenso ins Leere wie die vage Hoffnung, unsichere Kantonisten aus der FDP, die den spätestens seit dem Wechsel im Parteivorsitz von Erich Mende auf Walter Scheel im Jahr 1968 und der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten am 5. März 1969 vollzogenen Linksschwenk ihrer Partei skeptisch beurteilten, zu sich herüberzuziehen und gegen ein Votum für die Wahl des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zum Kanzler zu gewinnen. Die schnelle Einigung der neuen Koalitionäre in Sach- und Personalfragen zerschlug jedoch die Hoffnung der Union auf den Erhalt der Regierungsverantwortung.⁵ Um die Bemühungen der Union, einige nationalliberale FDP-Abgeordnete abzuwerben und so bei den knappen Mehrheitsverhältnissen den „Machtwechsel“ zu verhindern, im Keim zu ersticken, hatten die Sozialdemokraten und Liberalen bei ihren Koalitionsverhandlungen ein rasantes Tempo vorgelegt; bereits fünf Tage nach

1 Wolfgang SCHOLLWER: „Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ...“. Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966–1970. Hg. von Jürgen FRÖLICH. Bremen 2007 S. 227.

2 PROTOKOLLE 5 S. 376.

3 Vgl. dazu Nr. 1.

4 „Die Welt“ vom 2. Oktober 1969 „Kiesinger macht der FDP Koalitionsangebot“.

5 Vgl. Philipp GASSERT: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006 S. 724f.

Einleitung

der Wahl waren die beiden Parteien sich über ein Regierungsbündnis einig.⁶ CDU und CSU sahen sich in die Rolle des Zuschauens verbannt. Am 21. Oktober 1969 wurde der neue Bundeskanzler mit 251 von 495 abgegebenen Stimmen gewählt, d. h. mit nur zwei Stimmen über dem erforderlichen Quorum von 249; 235 Abgeordnete stimmten gegen ihn, fünf enthielten sich, vier Stimmen waren ungültig.⁷

Der unerwartete Verlust der Regierungsverantwortung traf die Unionsparteien ins Mark. Die Enttäuschung war angesichts eines durchaus erfolgreichen Wahlkampfes und guten Wahlergebnisses – immerhin des drittbesten nach 1957 und 1965 – groß, ebenso die Beunruhigung über den nun einzuschlagenden Weg. Kiesinger sprach von „Katzenjammer“.⁸ Sollte die CDU als „verhinderte Regierungspartei“ die Rolle einer Opposition, für die sie nicht gerüstet war, in konstruktiver, ja kooperativer Weise wahrnehmen oder sich als Gegenregierung verstehen und auf einen frühen Sturz der SPD/FDP-Regierung hinarbeiten, die nur über die schmale Marge von fünf Mandaten über der absoluten Mehrheit im Deutschen Bundestag verfügte?

Abgesehen von dieser Grundsatzfrage stand die neue Opposition vor einem weiteren schwerwiegenden Problem: Die Wahlanalysen von 1969 deuteten an, dass die Union aufgrund der Popularität ihres Kanzlers Kurt Georg Kiesinger zwar stärkste Gruppierung geblieben war, aber die SPD von der Wählerschaft durchweg als die leistungsfähigere Partei angesehen wurde.⁹ Die traditionellen Ziele der Unionsparteien – Wiederaufbau, Soziale Marktwirtschaft und Sicherung der freiheitlichen Ordnung durch Integration in das westliche Bündnissystem – schienen weitestgehend erreicht und hatten für die zukünftige Politik nur noch bedingte Ausstrahlung. Hier besaßen SPD und FDP mit ihren Slogans „Reform“ – von der Bildungs- und Gesellschaftspolitik bis hin zur Gestaltung der persönlichen Lebensentwürfe und des Intimlebens – und „Entspannung“ in den Ost-West-Beziehungen größere Anziehungskraft, was gewissermaßen als Gegenentwurf zu den überkommenen Leitbildern der Union gelten konnte, der ein Modernitätsdefizit in der Innen- und Gesellschaftspolitik, aber auch in der Außenpolitik und vor allem der Ost- und Deutschlandpolitik attestiert wurde. Wie sollte der gesellschaftlichen Aufbruchstimmung, dem politischen Gestaltungswillen von SPD und FDP, der charismatischen Führungsfigur Brandt, wie dem eigenen Vertrauensschwund und dem nach 20-jähriger Regierungstätigkeit erkennbaren Abnutzungsprozess begegnet werden? Wie sollte die Chance zur Regeneration im „Jungbrunnen“ der Opposition, die Rainer Barzel „eine harte Schule“ nannte, wahrgenommen, wie auf die Auflösung der die Union bislang tragenden alten Milieus reagiert werden? Bis 1969 war die CDU in erster Linie Kanzlerpartei; von einer Mitgliederpartei konnte bei etwa 300.000 Mitgliedern vor dem Hintergrund ihrer Wählerzahlen kaum die Rede sein. Auch hier waren neue Überlegungen angesagt. Fragen und Pro-

6 Vgl. dazu die Fraktionssitzung der SPD vom 3. Oktober 1969. In: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Bearb. von Bettina TÜFFERS. Düsseldorf 2009 S. 652–658.

7 DATENHANDBUCH 1 S. 1021.

8 Nr. 6 S. 192.

9 EBD S. 183–190; Nr. 30 S. 1005; KALTEFLEITER S. 9.

bleme gab es also zu Beginn der neuen Legislaturperiode zuhauf. Ein „Weg durch Disteln und Dornen“ stand bevor – so Barzel auf dem Parteitag vom 17./18. November 1969 in Mainz: „Nur wenn wir uns einrichten auf viermal 365 Tage und Nächte, auf Durststrecken und Ungewißheiten, wird die Opposition Regeneration bedeuten“.¹⁰

Zunächst musste sich die CDU/CSU-Fraktion auf die veränderte Lage einstellen, denn sie hatte im Parlament die Hauptlast der Oppositionsarbeit zu tragen. Für die Fraktion kam der abrupte Übergang in die Opposition einem Sprung ins kalte Wasser gleich. Die ehemalige Regierungsfraktion war gefordert, „keinen Tag (zu) vertändeln“ (Barzel) und eine effektive Oppositionsstrategie zu entwickeln. Eine Schonfrist sollte der Koalition nicht gewährt werden. Der Stab der Fraktion musste ausgebaut, und die Voraussetzungen für eine intensive Informations-, Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit mussten geschaffen werden.¹¹ Die Neuausrichtung führte zu einer erheblichen Verjüngung des engeren Fraktionsvorstands. Dabei kam dem Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel eine Schlüsselrolle zu, die er mit der schnellen Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Fraktion zu nutzen und durch die Ablösung Kurt Georg Kiesingers im CDU-Bundesvorsitz 1971 zusätzlich zu stärken wusste. Schon unmittelbar nach der Wahl Brandts am 21. Oktober 1969 zeigte sich, dass nicht der Parteivorsitzende Kiesinger, sondern der Fraktionsvorsitzende Barzel die Führung in der Opposition übernahm; als erster gratulierte er dem neuen Kanzler, während der Altkanzler sich – widerwillig – erst nach ihm zu einem Glückwunsch durchrang.¹²

DER KAMPF UM DIE PARTEISPITZE

In der neuen und für die CDU ungewohnten Konstellation ging es also zunächst um die Rolle des Parteivorsitzenden Kiesinger, der den Regierungswechsel als „gestohlenen Sieg“ und „Verrat am Wähler“ ansah und mit einer Rückkehr zur Macht vor Ablauf der Legislaturperiode rechnete. Ihm ging es eher um eine baldige Ablösung der neuen Regierung als um die tatkräftige und zügige Umsetzung eines programmatischen und organisatorischen Neuanfangs. Aus seiner Abneigung gegen die mühsame Parteiarbeit und -politik hatte er nie einen Hehl gemacht. Deshalb blieb unklar, wie er die Partei auf die neuen Gegebenheiten ausrichten wollte und ob er dazu seine Energien überhaupt einzusetzen gedachte. Diese Zweifel drückte das Ergebnis seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden auf dem Mainzer Parteitag am 17./18. November 1969 aus. Ohne Gegenkandidaten erhielt Kiesinger nur 386 von 471 abgegebenen Stimmen – ein deutliches Signal dafür, dass er auf Abruf bestellt war. Der frühe Parteitagstermin nach der Wahl hatte die Aufstellung eines Konkurrenten verhindert. Die Stellvertreter

10 CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 121.

11 Hans-Joachim VEEN: Opposition im Bundestag. Bonn 1976; SCHÖNBOHM S. 100.

12 Symptomatisch für die Rollenverteilung ist die Sitzung vom 12. Dezember 1969 (Nr. 4), in der der Parteivorsitzende und der Fraktionsvorsitzende erstmals jeweils eigene Berichte zur Lage abgaben.

Einleitung

erzielten z.T. bessere Ergebnisse als Kiesinger – an der Spitze Gerhard Stoltenberg mit 451, Helmut Kohl mit 392 und Hans Katzer mit 387 Stimmen. Weitere Stellvertreter wurden Helga Wex (312) und Gerhard Schröder (267); bei den weiteren Wahlen zum Bundesvorstand entfielen die Spitzenplätze auf Richard von Weizsäcker (443), Heinrich Windelen (398) und Alfred Dregger (396).¹³

Obwohl Kiesinger sich eher als Kanzler im Wartestand fühlte und infolgedessen wenig Interesse an der täglichen Kleinarbeit als Parteivorsitzender erkennen ließ, stellte er mit seinem Generalsekretär Bruno Heck, der schon 1966 die Zeichen der Zeit erkannte und ein Konzept für die zukünftige Parteireform vorgelegt hatte¹⁴, in Mainz doch erste Weichen, um „die Union der Zukunft zu präsentieren“ und als „Partei der integrierenden Mitte“ zu profilieren. Dafür wurde eine „Reformkommission“ eingesetzt, die „unter Berücksichtigung der neuen Aufgaben der Union ein Reformkonzept“ erarbeiten sollte. Als dringlich galten nicht nur eine programmatische Neuausrichtung, sondern auch eine Stärkung der Parteizentrale, für die ein adäquater Neubau errichtet werden sollte, sowie eine Reform der Parteiorganisation und der Ausbau des Parteiapparats insgesamt.¹⁵ Doch dies war ein mittel- und langfristiger Prozess, der nicht schnelle Erfolge erwarten ließ.

Währenddessen konnte sich Barzel, der unumstrittene Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, als eigentliche Speerspitze der Opposition profilieren. Die Führungsfrage war also nur aufgeschoben. Schon kurz nach Kiesingers Wiederwahl in Mainz setzte sowohl parteiinterne wie auch öffentlich geäußerte Kritik an ihm ein. Bereits am 13. März 1970 hatte sich der Bundesvorstand mit dieser Kritik zu befassen, wobei Kiesinger seine Parteifreunde aufforderte, den „Verschleißprozeß“ zu stoppen und mit dem Personalgerede aufzuhören.¹⁶ Beenden konnte er die Diskussion damit allerdings nicht; sie schwelte vielmehr weiter und flackerte immer wieder neu auf.

Hintergrund dafür war nicht nur die Unzufriedenheit mit Kiesingers präsidentischer Führung, sondern vor allem die „K-Frage“, wer denn nun die „Nummer Eins“ innerhalb der CDU sei und als künftiger Kanzlerkandidat ins Rennen gehen sollte. Naturgemäß sah sich Barzel für diese Position aufgrund seiner anerkannten Stellung in der Fraktion prädestiniert und beanspruchte deshalb neben seinem Amt als Fraktionsvorsitzender auch das des Parteivorsitzenden, um seine mögliche Kanzlerkandidatur abzusichern. Doch in Helmut Kohl, der im Herbst 1970 seine Bereitschaft andeutete, ebenfalls für den Parteivorsitz zu kandidieren, erwuchs ihm ein ernsthafter Konkurrent. Kohl verband mit seiner Kandidatur für das Parteiamt allerdings nur das Ziel, die Parteireform als die vorrangige Zukunftsaufgabe vorantreiben zu wollen.¹⁷ Unterstützung fand er bei Kurt Biedenkopf, der daran zweifelte, ob durch eine Ämterkonzentration in den Händen von Barzel diese Aufgabe zufriedenstellend gelöst werden

13 Zusammensetzung des Vorstands s. S. XL–XLI.

14 Udo ZOLLEIS: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden 2008 S. 137–139.

15 Vgl. dazu Nr. 4 S. 82–107.

16 Nr. 6 S. 192, 194f., 212f.

17 Helmut KOHL: Erinnerungen 1930–1982. München 2004 S. 286–291.

könne.¹⁸ Auch Kiesinger plädierte für eine Trennung von Fraktions- und Parteivorsitz, als er – durch die andauernde Kritik an seiner Person zermürbt – am 5. Juli 1971 schließlich erklärte, nicht mehr für den Parteivorsitz zu Verfügung zu stehen.

Bei der Auseinandersetzung um den Parteivorsitz ging es jedoch nicht nur um eine Personalfrage; mit ihr eng verknüpft waren prinzipielle Sachfragen: die Verbesserung der Organisation und die programmatische Neuausrichtung der Partei. Bei dieser Kombination stand die Partei vor einem Dilemma. Einerseits war klar, dass die Realisierung eines Reformprogramms für ihre Zukunftsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sein würde. Andererseits aber legte die geringe Mehrheit der neuen Koalitionsregierung, die höchst instabil schien, die Überlegung nahe, möglichst schnell in die Regierungsverantwortung zurückzukehren. Einige Vorstandsmitglieder wollten auf einen schnellen Regierungssturz hinaus, andere traten dafür ein, die Oppositionsrolle für einen längeren Zeitraum anzunehmen und die Chance für eine personelle wie programmatische Regeneration der Partei zu nutzen. Eine grundsätzliche Diskussion über die Vereinbarkeit der beiden Konzepte – Reformprogramm und Ablösung der SPD/FDP-Koalition –, die sich nicht von vornherein gegenseitig blockieren mussten, wurde allerdings nicht geführt. So bestand die Möglichkeit weiter, die innerparteilichen Reformen zugunsten der Vorbereitung auf einen vorzeitigen Regierungswechsel zurückzustellen.¹⁹ Dieses Dilemma konnte nicht vollständig aufgelöst werden und durchzog die Oppositionszeit bis zur vorgezogenen Bundestagswahl im November 1972; es wurde zudem verstärkt durch anhaltende Kontroversen in anderen Fragen der aktuellen Politik.

Neben der Auseinandersetzung um die Führung an der Parteispitze brach kurzzeitig noch eine Debatte um die Funktionen und Kompetenzen von Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer auf. Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb hatte im September 1971 in einer Veröffentlichung gefordert, die Position des Generalsekretärs aufzugeben, einen ersten stellvertretenden Vorsitzenden zu schaffen und die Funktion des Bundesgeschäftsführers als Chef des Parteiapparats zu stärken. Auf Gegenliebe stieß dieser Vorstoß im Bundesvorstand jedoch nicht, und die Diskussion wurde vertagt, d. h. im Keim erstickt.²⁰

Der Saarbrücker Parteitag vom 4./5. Oktober 1971 klärte die Frage des Parteivorsitzes. Barzel vermochte den Führungsanspruch Helmut Kohls auf den Parteivorsitz abzuwehren: 344 Delegierte stimmten für ihn, nur 174 für Kohl.²¹ Die Befürchtungen der Befürworter einer Ämtertrennung traten nicht ein: Unter seinem Vorsitz und vor allem durch die Tätigkeit des neuen Generalsekretärs Konrad Kraske, der nur 305 von 492 abgegebenen Stimmen erreicht hatte, wurde die Organisation der Partei gestrafft, der Weg von der Wähler- zur Mitgliederpartei – Ende 1972 zählte die CDU bereits knapp 423.000 Mitglieder (ein Aufwuchs von über 35 % gegenüber 1969) – und zur

18 SCHÖNBOHM S. 103f.

19 Zur Strategiediskussion vgl. Nr. 6 S. 191–209, Nr. 7 S. 258–275 (hier vornehmlich zur Deutschland- und Ostpolitik).

20 Nr. 17 S. 519, 537–542.

21 Vgl. Anm. 13.

programmatischen Erneuerung eingeleitet. Die „Reformkommission“ zur Fortschreibung des Berliner Programms vom 11. Juli 1968 hatte hierzu seit dem 20. Januar 1970 unter dem Vorsitz des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl bereits erste Schritte getan. Nicht zuletzt wurde die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion intensiviert und besser als in der Vergangenheit miteinander verzahnt; immerhin gehörten dem 30-köpfigen Bundesvorstand 17 Fraktionsmitglieder an. Doch unumstritten war der neue Parteivorsitzende nicht²²; Barzel mangelte es an der Gabe, Sympathie zu erwerben und die Menschen für sich einzunehmen – kurz: ihm fehlte das Charisma, um die Parteiherzen zu gewinnen und sich gegenüber dem immer populärer werdenden Kanzler Brandt profilieren zu können. Dennoch nominierten die Unionsparteien ihn am 9. Dezember 1971 zum Kanzlerkandidaten.²³

Hauptangriffspunkte für die Opposition bot die Politik der Regierung im Bereich der inneren Reformen. Das Führungsgremium der CDU reagierte – nach z. T. längeren Diskussionen und heftigen Kontroversen – mit eigenen Akzenten auf die hochgesteckten Ziele der Regierung für eine „breit angelegte, konsistente Reformpolitik“ (Horst Ehmke), die von planungsorientierten Machbarkeitsvorstellungen ausging, sich jedoch bald an der mangelnden Finanzierbarkeit festlief. Hier vor allem setzte der CDU-Vorstand seine Kritik an „Wogegen wir sind, hat sich rumgesprochen. Das heißt, unsere Alternative muß immer deutlicher werden. ... Es nützt uns nichts, wenn wir schadenfroh von Inflation und Zerstörung der finanziellen Basis für Reformen sprechen. Wir müssen dies festhalten. Aber wir müssen dem unsere Reformmöglichkeiten entgegensetzen“ – so Barzel am 25. Oktober 1971.²⁴ In der Gesellschaftspolitik, in der Mitbestimmungsfrage (in der die FDP keinen Zweifel daran ließ, dass sie die von der SPD geforderte „paritätische Mitbestimmung“ ablehnte), in der Vermögenspolitik, im Bau- und Bodenrecht, in der Bildungs- und in der Rentenpolitik, im Bereich der inneren Sicherheit und nicht zuletzt in der wirtschaftlichen Stabilitätspolitik entwickelte sie Vorstellungen, die denen der Regierung entgegengestellt wurden und auch finanzierbar sein sollten.

Doch wurde schließlich die Auseinandersetzung um die Neuorientierung in der Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel zur Nagelprobe und diente nach dem Fraktionswechsel von FDP- und SPD-Abgeordneten²⁵ – begleitet von heftigen innerparteilichen Debatten – als Hebel zum Sturz der Regierung. Als weiteres Signal, diesen Schritt zu wagen, verstand der CDU-Vorstand den fulminanten Wahlsieg vom 23. April 1972 in Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Hans Filbinger, bei dem die CDU die absolute Mehrheit mit 52,9 % erreichte. Den Ausgang dieser

22 Vgl. Nr. 19 S. 551.

23 Nr. 20 S. 637 f.

24 Nr. 19 S. 551.

25 Am 9. Oktober 1970 hatten Erich Mende, Heinz Starke und Siegfried Zoglmann (alle FDP), am 14. Oktober 1971 Klaus-Peter Schulz, am 29. Februar 1972 Herbert Hupka, am 2. März Franz Seume (beide SPD), am 23. April Wilhelm Helms (FDP) und schließlich am 17. Mai Günther Müller (SPD) die Regierungskoalition verlassen – DATENHANDBUCH 1 S. 925 f.

Landtagswahl, die die SPD in ihrem Wahlkampf als Plebiszit über die Ostpolitik verstehen wollte²⁶, interpretierte der Vorstand in der tags darauf anberaumten Sitzung als Beweis dafür, dass die Mehrheit der Wähler die Politik der SPD/FDP-Regierung ablehne und die der Union präferiere. Wie aber sollte nun weiter verfahren werden? Nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider – der Wahlaussichten 1973, des weiteren Verfahrens im Hinblick auf die Ostverträge und des Versuchs eines sofortigen Kanzlersturzes und möglicher Neuwahlen 1972 – tendierte der Vorstand dazu, eine schnelle Regierungsübernahme anzustreben. Die damit verbundenen Unwägbarkeiten wurden aber durchaus auch kritisch gesehen. Kohl sprach von einem „erheblichen Risiko“; denn die verfasste öffentliche Meinung werde alles tun, um die Regierung zu verteidigen. „Da ist zu sehen, daß in der Minute eine Dolchstoßlegende für die Bundesrepublik begründet wird, etwa so aussehend, daß jetzt ein Friedenskanzler, ein Nobelpreisträger und alles, was hier mitschwingt, hundert Meter vor dem Ziel abgefangen wird.“²⁷ Das weitere Verfahren in dieser schwierigen Situation sollte aber der Bundestagsfraktion vorbehalten bleiben. Tatsächlich scheiterte Barzel mit dem konstruktiven Misstrauensvotum am 27. April 1972 – auch durch „Nachhilfen“ an finanziell zugängliche Unionsabgeordnete²⁸. Tags darauf wurde der Kanzlerhaushalt aufgrund des Patts zwischen den Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt; Neuwahlen boten den Ausweg aus der verfahrenen Situation.

Für den Wahlgang am 19. November 1972 schien die CDU gut gerüstet. Am 21. August und am 25. September legte Kraske dem Bundesvorstand die Wahlkampfkonzeption der CDU vor. Die Auseinandersetzung mit der SPD sollte in den Mittelpunkt gestellt werden. Unter Bezug auf eine Umfrage stellte er fest, dass Themen wie Preisstabilität, Verbrechensbekämpfung und die Bekämpfung extremistischer Gruppen bei der Wählerschaft politische Priorität hätten und hier die Union gegenüber der Koalition einen Kompetenzvorsprung habe. Hauptthema des Wahlkampfes sollte also die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen, sozialen und inneren Stabilität der Bundesrepublik sein mit dem Slogan: „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“.²⁹ Die Entspannungspolitik der Regierung wurde als weniger wichtig angesehen. Dieser Einschätzung entsprach das Wahlprogramm, das erstmals von CDU und CSU gemeinsam verabschiedet wurde und den innenpolitischen Themen den absoluten Vorrang vor den Fragen der Außen-, Sicherheits-, Deutschland- und Ostpolitik einräumte.³⁰ Es lag ganz auf der Linie, die Barzel am 13. März 1972 vorgegeben hatte: „Vergessen wir nicht, daß die allererste Sorge der Mitbürger im wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen, sozialen und finanzpolitischen Bereich liegt. Und vergessen wir nicht, dort unsere besseren Ideen zu sagen. Lassen wir uns nicht abdrängen auf die beiden anderen Punkte.“ Er meinte damit die Ostpolitik und die Bekämpfung des Radikalismus. Für den Fall einer Re-

26 Nr. 22 S. 703.

27 Vgl. Nr. 23 S. 758.

28 Vgl. Andreas GRAU: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums vom 27. April 1972. In: HPM 16 (2009), S. 1–17.

29 Vgl. Nr. 28 S. 945–982, hier S. 952.

30 Zur Diskussion vgl. Nr. 28.

gierungsübernahme, nach einer Bundestagswahl, meinte er, dürften die Unionsparteien „nicht die falschen Themen gehabt haben“.³¹

Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl zeigte jedoch, dass diese Strategie, die auf Argumente und Informationen und weniger auf Emotionen setzte, nicht aufging.³² Zum einen hatte der Streit um die Deutschland- und Ostpolitik in den Jahren 1971 und 1972 alle anderen politischen Themen überdeckt. Zudem war Bundeskanzler Willy Brandt für diese Politik am 10. Dezember 1971 der Friedensnobelpreis verliehen worden. Am 8. November 1972 wurde der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“ paraphiert. Die SPD wusste um ihre Versäumnisse in der Innen- und vor allem der Wirtschaftspolitik und setzte deshalb im Wahlkampf mit dem Slogan „Willy wählen“ ganz auf Emotionalisierung, auf den Friedenskanzler und seine „Friedenspolitik“. Wenige Tage vor dem Wahlgang musste Kraske in einem Rundschreiben an die wichtigsten Funktions- und Mandatsträger der Partei konzedieren, dass der SPD in der Deutschlandpolitik seitens der Wähler mehr vertraut werde als der Union. In der Tat war die Deutschland- und Ostpolitik das Thema der Regierung, bei dem sie aufgrund der verbreiteten Hoffnung auf Entspannung und des verminderten Bedrohungsgefühls punkten konnte. Die Opposition hingegen war geprägt durch das Image, sie sei gegen diese Ostpolitik, zu der CDU und CSU keine einheitliche Haltung fanden, was selbst die eigenen Anhänger kaum verstehen und nachvollziehen konnten.³³

Die Union, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik in der Rolle der Herausforderin, hatte „die falschen Themen“ gehabt. Eine Mehrheit der Wähler war für Frieden und Gewaltverzicht, für die Ergänzung der Westbindung durch eine Ost- und Entspannungspolitik. So wurde die Bundestagswahl 1972 letztlich zu einem Plebiszit über die Ostpolitik. Aber die Niederlage beruhte nicht nur auf den falschen Themen. Es lag wohl auch am Spitzenkandidaten, der im Vergleich zu Brandt stets schlechtere Umfrageergebnisse vorzuweisen hatte. Aufgrund seines Images – Barzel galt als zu glatt, zu eitel, zu modisch und nicht zuletzt als opportunistisch – und seiner bereits angeschlagenen Autorität sah die CDU sich gezwungen, ihn in ein Mannschaftsgefüge – ein Schattenkabinett – einzubauen, das allerdings teils mit öffentlich unbekanntem (wie Karl Bewerunge), teils mit umstrittenen Personen (wie Franz Josef Strauß) besetzt war.³⁴ Damit konnte Rainer Barzel nicht reüssieren.³⁵ „Ich sei der

31 Nr. 22 S. 698. – Johann Baptist Gradl hatte bereits am 15. Mai 1972 davor gewarnt, möglicherweise „auf ein falsches Kampffeld abgedrängt (zu) werden“ (Nr. 25 S. 811).

32 Zu dieser Strategie vgl. Kraske Nr. 26 S. 853–865; vgl. Martin HUBER: Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002. München 2008 S. 27–48.

33 Die unklare Haltung, die Frage der Glaubwürdigkeit, soll aber nach den Erkenntnissen der Demoskopien nicht wahlentscheidend gewesen sein, was von Kohl energisch bestritten wurde (vgl. Nr 32 S. 1130f., 1136f.).

34 Dazu Nr. 26 S. 856–877, Nr. 28 S. 953f., *passim*.

35 Vgl. Daniela FORKMANN; Rainer Barzel. Der tragische Held. In: Daniela FORKMANN/Saskia RICHTER (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber. Wiesbaden 2007 S. 141–173.

falsche Kandidat gewesen“, resümierte er aufgrund der Wahlanalyse von Elisabeth Noelle-Neumann.³⁶

Das Ergebnis der Wahl war für die Union eine schwere Niederlage: Es war mit 44,9 % nicht nur das schlechteste Ergebnis seit 1953; erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stellte die CDU/CSU auch nicht mehr die stärkste Fraktion im Bundestag. Die Blütenträume einer erneuten Regierungsübernahme, die sie während der gesamten 6. Wahlperiode nicht aufgegeben hatte, waren endgültig zerstoßen; die Union war nun definitiv in die Opposition verbannt. Barzel äußerte am 4. Dezember 1972: „Sagen wir ein ganz ungequältes Ja zur Opposition! Das ist unser Auftrag. Also packen wir nun die Koffer aus in dieser Wohnung.“³⁷ Da die CSU im Gegensatz zur CDU in etwa stabil geblieben war, lastete sie das Wahldesaster der CDU und insbesondere ihrem Vorsitzenden Barzel an. Am 21. November 1972 stellte sie die Fraktionsgemeinschaft ernsthaft in Frage. Die Idee einer „Vierten Partei“ unter der Führung der CSU, die seit Anfang 1970 die Gemüter bewegte, schien konkrete Form anzunehmen. Schon im Frühjahr 1970, als erste „CSU-Freundskreise“ sich gegründet hatten, wurde diese Gefahr im Bundesvorstand thematisiert. Helmut Kohl warnte eindringlich vor einer möglichen Parteineugründung und der „Katastrophe“ einer Neuauflage der Auseinandersetzungen zwischen der Zentrumsparterie und der Bayerischen Volkspartei in der Zeit der Weimarer Republik. Mit distanzierenden Erklärungen der CSU könne man sich nicht zufriedengeben, vielmehr solle man die CSU auffordern, rechtliche Schritte gegen diese Freundskreise, die als „Konkursmasse der NPD“, aber auch „Krankheitssymptom der CDU“ bezeichnet wurden, einzuleiten.³⁸ Nach vierzehn Tagen konnte das „Platzpatronenfeuer“ (Hans Evers), das die CSU und die CSU-Landesgruppe entfacht hatten, zwar erstickt werden, doch endgültig begraben waren die CSU-Vorstellungen, die auch in Richtung einer „Vierten Partei“ gingen, damit nicht. Die Krise schwelte weiter, wie sich im Frühjahr 1973, als die Gegensätze zwischen den Unionsparteien durch die „Sondertänze“ der CSU³⁹ erneut aufbrachen und einige in der CDU sich für die Trennung von der bayerischen Schwester aussprachen⁴⁰, und vor allem vier Jahre später im Trauma von Wildbad-Kreuth zeigen sollte.⁴¹

Aufgrund des dreimaligen Scheiterns – beim Misstrauensvotum, bei der Verweigerung seiner Fraktion in der Abstimmung über die Ostverträge und nun auch bei den vorgezogenen Bundestagswahlen – erodierte die Machtbasis Barzels und leitete seine Ablösung sowohl im Fraktions- und auch im Parteivorsitz ein. Die Zweifel an seinen

36 Rainer BARZEL: Ein gewagtes Leben. Stuttgart/Leipzig 2001 S. 302.

37 Nr. 31 S. 1041.

38 Nr. 6 S. 178–183; vgl. dazu auch die Diskussion über das Verhalten gegenüber der „Deutschen Union“ in Nr. 16 S. 437–454.

39 Kiesinger in Nr. 35 S. 1419.

40 Nr. 35 S. 1353, 1376.

41 Vgl. Nr. 31 S. 1035–1083, Nr. 33 S. 1296, Nr. 35 passim; Günter BUCHSTAB: Ein parlamentarisches Unikum: die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft. In: SCHWARZ S. 255–274, hier S. 267–269.

Führungsqualitäten wurden lauter. Doch gab er sich zunächst kämpferisch und ließ sich auch nicht von der Forderung Kohls nach einer „Trennung der Ämter zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und dem Parteivorsitzenden“ und dessen Ankündigung auf der Klausurtagung des Bundesvorstands am 27. Januar 1973 beeindrucken, auf dem nächsten Parteitag wieder für den Parteivorsitz zu kandidieren.⁴² „Das Gesellschaftsspiel der Union, die Personalfrage,“ – so Barzel am 2. April 1973⁴³ – war wieder aufgenommen. Nachdem er aber bei der Abstimmung über den Beitritt der Bundesrepublik zur UNO von seiner Fraktion erneut düpiert worden war, trat er am 9. Mai vom Fraktionsvorsitz zurück. Er hatte – bestärkt durch Beschlüsse des Präsidiums und der CDU-Ministerpräsidenten – die Zustimmung empfohlen, um „Anschluß an die Weltpolitik“ zu finden⁴⁴. Nach der mehrheitlichen Ablehnung in der Fraktion resignierte er und wurde am 17. Mai 1973 als Fraktionsvorsitzender von Karl Carstens abgelöst, der erst seit einem guten halben Jahr dem Bundestag angehörte. Einen Tag zuvor hatte Barzel in einem Brief an die Mitglieder des Parteipräsidiums, des Bundesvorstands und der CDU/CSU-Fraktion auch seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz erklärt.

Barzel hatte zwar seit dem Saarbrücker Parteitag vom 4./5. Oktober 1971 als Vorsitzender der Partei und Fraktion die wichtigsten Führungsämter innegehabt, doch war es ihm nur bedingt gelungen, seine Machtposition in beiden Gremien wirksam zur Geltung zu bringen. Seine Schwierigkeit, die Interessen der verschiedenen Gruppierungen zu bündeln, war sicher auch dem Umstand zuzuschreiben, dass erstmals in der Geschichte von Partei und Fraktion die disziplinierende Wirkung der Regierungsverantwortung entfallen war. Insofern war sein Bemühen sicherlich konsequent, den Ausgleich zu suchen und tragfähige Kompromisse zu finden.⁴⁵ Wenn er hingegen einmal mit seinen Vorstellungen an die Öffentlichkeit ging, ohne sie vorher in Partei und Fraktion abzustimmen – wie in der Frage des UNO-Beitritts oder der Nichtanrufung des Bundesverfassungsgerichts –, wurde ihm dies sofort übelgenommen. In die gleiche Kalamität geriet er, wenn er die Entgegennahme seiner Berichte im Vorstand – wenn sie nicht auf massiven Widerspruch gestoßen waren – nach außen als Zustimmung und gar als Beschluss interpretierte.⁴⁶ In seinen Lageberichten bestach er zwar durch seine analytischen Fähigkeiten, mit denen er die verschiedenen Argumente auf den Punkt brachte, doch blieben die Schlussfolgerungen, die er daraus zog, wohl aus dem Grund, nicht präjudizieren zu wollen, meist seltsam vage. Trotz seiner herausgehobenen Stellung verstand er die Parteilarbeit vorrangig als Pflicht „zu dienen“⁴⁷ und ließ „die Interessen seiner Person hinter der Sache“ zurücktreten⁴⁸. Die „innere Unschlüssig-

42 Nr. 32 S. 1137–1139.

43 Nr. 34 S. 1324.

44 Nr. 35 S. 1346.

45 „Ich habe mich immer bemüht, Kompromisse herbeizuführen“ (Nr. 31 S. 1060).

46 Nr. 35 S. 1402, 1405 f.

47 Nr. 32 S. 1093.

48 Nr. 35 S. 1338.

keit⁴⁹, die hierin – trotz seines unverkennbaren Machtstrebens – zum Ausdruck kam und die CDU/CSU verwirrte, zeigte sich insbesondere in den verschiedenen Phasen der Ostpolitik: Ob er sie im Prinzip befürwortete oder ob er sie aus der Sorge ablehnte, die SPD/FDP-Koalition verspiele die deutsche Einheit für alle Zeiten, blieb im Zwielflicht. „Er wollte für das Ja nur kämpfen, wenn er nicht scheiterte“.⁵⁰ Am 12. Mai 1973 räumte er nach seinem Rücktritt vom Fraktionsvorsitz selbstkritisch ein, vielleicht „zu viel Kompromisse mit Gruppen und mit der CSU gemacht“ und „zu viel Rücksicht“ genommen zu haben.⁵¹ Darin – an den Schwierigkeiten mit internen Oppositionskräften, vor allem der CSU – lag eine der Ursachen seines Scheiterns.

Mit seinem Verzicht war der Weg frei für Helmut Kohl. Beim vorgezogenen 21. Parteitag am 12. Juni 1973 in Bonn erreichte Kohl von 600 abgegebenen gültigen Stimmen 520 bei 51 Gegenstimmen und 29 Enthaltungen. Damit war er mit 86,66 % der Delegiertenstimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er blieb es bis 1998.

PARTEIREFORM UND PROGRAMMATISCHE NEUORIENTIERUNG

Auf dem Mainzer Parteitag hielt Generalsekretär Heck eine vielbeachtete Reformrede, in der er ein langfristiges Konzept verlangte, mit dem die 1970er Jahre politisch gestaltet werden könnten.⁵² Die CDU finde vor allem bei den jüngeren Wählern, den urbanen Mittelschichten und den jungen, berufstätigen Frauen nur noch wenig Resonanz; der „Genosse Trend“ spreche für die SPD. Diesen Wählerschichten müsse sich die Partei öffnen, intensivere Diskussionen mit ihnen führen und ihre politischen Erwartungen erfüllen. Als Themen wurden benannt: Bildungspolitik, Mitbestimmung, Vermögensbildung, Rolle der Frau, Städtebau und Umweltschutz. Dass dafür eine Parteireform unumgänglich war – stärkere Mitgliederwerbung, Ausweitung der hauptamtlichen Kräfte und Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Parteiapparats in allen Gliederungen –, traf auf einhellige Zustimmung. Der im Januar 1970 neu berufene Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb legte dem Bundesvorstand bereits am 13. März ein Konzept zur Verbesserung der Parteiarbeit und zum Ausbau der Bundesgeschäftsstelle vor.⁵³ Schwerpunkte dieses Konzepts waren Verbesserung der Information, Koordination und Kommunikation zwischen Bundespartei und den Landes- und Kreisverbänden, Mitgliederwerbung, Aufbau eines Instrumentariums zu systematischer Personalpolitik sowie Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Dafür waren Umstrukturierungen und Ausweitungen der Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle notwendig,

49 Alois RUMMEL: Rainer Barzel (1924–2006). In: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* Bd. 12 (2007) S. 215–227, hier S. 225.

50 Christian HACKE: Rainer Barzel. In: *Persönlichkeit und Politik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts*. Hg. von Walther L. BERNECKER/Volker DOTTERWEICH. Bd. 1, Göttingen 1982 S. 40–49, hier S. 45.

51 Nr. 35 S. 1341.

52 Vgl. zum Folgenden SCHÖNBOHM S. 116–126; KLEINMANN S. 315–347.

53 Nr. 6 S. 205–208.

zumal der Informationsfluss aus dem Regierungsapparat versiegte. Doch die Finanzlage der Partei stoppte allzu hoch fliegende Pläne, so dass sich der Bundesvorstand zu einem radikalen Sanierungskonzept veranlasst sah.⁵⁴ Immer wieder hatte sich der Vorstand mit der problematischen Haushaltslage der Bundespartei zu befassen.⁵⁵ Auf dem Wiesbadener Parteitag vom 9.–11. Oktober 1972 konnten Kraske und Schatzmeister Walther Leisler Kiep schließlich erste Erfolge vermelden: Die Finanzlage hatte sich stabilisiert, die innerparteiliche Kommunikation verbessert und der Mitgliederzuwachs erfreulich entwickelt. Überlagert wurde der Parteitag indes von dem bevorstehenden Wahlkampf.

Ganz ohne Probleme ging auch die ebenfalls in Mainz eingeleitete Programmarbeit nicht voran, wurde doch der Spielraum der eingesetzten Kommission durch den Bundesvorstand insoweit eingeengt, als es nicht um eine grundlegende Neuorientierung, sondern nur um eine Weiterentwicklung des Berliner Programms von 1968 gehen sollte. Mit den ersten Ergebnissen dieser Arbeit befasste sich der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung vom 26.–28. November 1970.⁵⁶ Der dabei erarbeitete Entwurf wurde auf dem Parteitag vom 25.–27. Januar 1971 in Düsseldorf ohne wesentliche Änderungen als „Berliner Programm 2. Fassung“ verabschiedet. Kontrovers wurde allerdings die Frage der Mitbestimmung diskutiert, bei der sich der Antrag des Landesverbands Hessen – gegen die Vorlage des Bundesvorstands und der CDA-Vertreter – durchsetzte.

Beendet war die Reformarbeit mit der Verabschiedung der „2. Fassung des Berliner Programms“ allerdings nicht. Auf dem Saarbrücker Parteitag regte der neue Parteivorsitzende Barzel eine „Grundsatzkommission“ an, deren Leitung Richard von Weizsäcker übernahm. Erste Überlegungen stellte er bereits am 9. Dezember 1971 zur Diskussion.⁵⁷ Durch die turbulenten Ereignisse des Jahres 1972 trat diese Arbeit etwas in den Hintergrund, auch wenn von Weizsäcker die Grundlinien der Kommission auf dem Wiesbadener Parteitag vom 9.–11. Oktober 1972 unter „langanhaltendem Beifall“ vorstellte⁵⁸. Nach dem schweren Wahlschock vom November 1972 war aber klar, dass die Diskussion um Programmreform und Strategie erneut aufflammen würde.⁵⁹ Allerdings stand erst am 25. Mai 1973 wieder ein Bericht der Kommission offiziell auf der Tagesordnung; dabei musste von Weizsäcker einräumen, dass er im Gegensatz zu den Kommissionen, die sich mit den Themen Bodenrecht⁶⁰, Berufliche Bildung⁶¹

54 Nr. 10 S. 330–332, Nr. 14 S. 366–376, Nr. 15 S. 385–390, Nr. 16 S. 436 f., Nr. 17 S. 514 f., 542–545. Aufgrund ihrer Überschuldung drohte der Partei 1971 die Gefahr, einen Konkursantrag stellen zu müssen (vgl. Nr. 20 S. 638).

55 Vgl. Nr. 21 S. 677–691.

56 Nr. 11 S. 339 f. Ein Protokoll ist nicht überliefert.

57 Nr. 20 S. 648–655.

58 CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 61–78.

59 Vgl. dazu die Diskussion um die Ausarbeitung von Christian Schwarz-Schilling und Gerd Langguth in Nr. 32 S. 1165 f., 1228–1230.

60 Nr. 36 S. 1504–1522.

61 EBD. S. 1522–1537.

sowie Medienpolitik⁶² befassten, noch „keinen fertigen Text zu einer endgültigen Beschlußfassung über Grundsätze für den Hamburger Parteitag vorlegen“ könne.⁶³

Zu einer Generaldebatte über eine neue Oppositionsstrategie kam es nach einer gründlichen Wahlanalyse bei der Klausurtagung am 27./28. Januar 1973. Dabei wurden nicht nur Wunden geleckt, Dampf abgelassen und die Fehler und Versäumnisse der vergangenen Legislaturperiode in allen Einzelheiten und „mit offenem Visier“⁶⁴ eingehend diskutiert. Es wurde in dieser Grundsatzdebatte auch gefordert, weitreichende Konsequenzen zu ziehen. Barzel und Kraske versuchten sofort, die Initiative zu ergreifen und steckten vor dem Hintergrund der Wahlanalysen weitreichende Ziele zur Aktivierung der Partei.⁶⁵ Zwar wurden diese in den Führungsgremien in den kommenden Wochen eingehend diskutiert und weitere Beschlüsse gefasst. Diese Sacharbeit mit dem Ziel, die Partei besser in der Bevölkerung zu verankern, stand jedoch unter Vorbehalt, weil sowohl der Vorsitzende wie der Generalsekretär in der Kritik standen. Spätestens seit der Bundestagswahl war ihre Autorität massiv beeinträchtigt, so dass es fraglich war, ob sie ihre Positionen an der Spitze der Partei noch lange halten und ihre Vorstellungen selbst noch weiterverfolgen könnten.

OST- UND DEUTSCHLANDPOLITIK

Die 6. Wahlperiode ist vornehmlich durch die konfrontativ-fundamentale Auseinandersetzung zwischen SPD/FDP einerseits und CDU/CSU andererseits um die Deutschland- und Ostpolitik im kollektiven Gedächtnis geblieben. Sie überlagerte in der öffentlichen Wahrnehmung die ansonsten durchaus konstruktive Arbeit der Opposition. Es verging praktisch keine Sitzung des Bundesvorstands, in der sich seine Mitglieder nicht mit diesem Thema befassten. Unmittelbar nach Regierungsantritt stellte die Koalition in diesem Politikfeld neue Weichen. Die Opposition konnte zunächst nur auf die Verlautbarungen der Regierung reagieren; eine gestaltende Mitwirkung war ihr versagt. Zwar hatte der neue Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 den Willen der sozialliberalen Koalition bekundet, die Deutschland- und Ostpolitik in die Kontinuität der Vorgängerregierung zu stellen und am Konzept einer europäischen Friedensordnung und der Einbettung der deutschen Frage in dieses Konzept festzuhalten. Auf dieser Grundlage sollte mit der DDR auf Regierungsebene verhandelt und ein Abkommen über gegenseitigen Gewaltverzicht angestrebt werden, ohne die DDR völkerrechtlich anzuerkennen.⁶⁶ Doch ver-

62 Nr. 36 S. 1486–1492.

63 EBD. S. 1537–1539.

64 Barzel in Nr. 32 S. 1173.

65 Vgl. Nr. 32.

66 Vgl. zum Folgenden Werner LINK: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966 bis 1975. In: SCHWARZ S. 115–139, hier S. 126–135; GRAU: Gegen den Strom.

stand die Opposition unter der Formel Brandts von den zwei Staaten in einer Nation sofort ein Abrücken von der bisherigen bundesdeutschen Haltung, wie sie noch in der Resolution der Großen Koalition vom 25. September 1968 festgehalten worden war. Demnach sollte die „Anerkennung des anderen Teils Deutschlands als Ausland oder als zweiter souveräner Staat deutscher Nation“ nicht in Betracht kommen. An diesem Punkt setzten sofort massive Vorbehalte der Opposition ein – an ihrer Spitze der Parteivorsitzende Kiesinger.⁶⁷ Auch die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags am 28. November 1969, den die Unionsmehrheit stets abgelehnt hatte, wurde auf das schärfste kritisiert. Vor allem für die CSU hatte die Ablehnung des Atomwaffensperrvertrags „den Charakter einer parteipolitischen Prestigefrage“ angenommen.

Allerdings zeigte sich schon bald, dass diese harte, von vornherein auf Konfrontation zur Regierung zielende Marschlinie Kiesingers nicht uneingeschränkt geteilt wurde. Unterstützt wurde er darin aber von politischen Schwergewichten, u. a. von Gerhard Schröder, Franz Amrehn und Alfred Dregger sowie von Franz Josef Strauß und der geschlossenen CSU, die – anders als die CDU – nicht mit vergleichbaren strukturellen, sachlichen und personellen Problemen zu kämpfen hatte und sich insofern in einer wesentlich stabileren Position befand. Barzel und mit ihm andere hingegen verfolgten – bei allem Misstrauen und Unmut über die durch Indiskretionen bekanntgewordenen Verhandlungsergebnisse Egon Bahrs – eine flexiblere Linie.⁶⁸ Schon während der Großen Koalition hatte er versucht, die Union auf ein konditioniertes Ja zum Nichtverbreitungsvertrag festzulegen; allerdings war es bis zum Regierungswechsel nicht mehr zum Schwur gekommen. In der Deutschland- und Ostpolitik setzte er auf die Strategie, die Opposition regierungsfähig zu erhalten bzw. zu machen. So meinte er am 12. Dezember 1969, man sollte „eine Regierung nicht deshalb schon kritisieren, weil sie Schritte unternimmt in einer Richtung, die wir auch unternommen hätten“⁶⁹. Weil die Regierung aber bisher geltende gemeinsame Grundsatzpositionen zur Disposition stellte, attackierte er sie zunächst heftig und teils sehr polemisch wegen der für die Opposition unklaren Verhandlungsziele, die Bahr in Moskau und Warschau verfolgte, und der mangelnden Eindeutigkeit der Vertragstexte. Intern signalisierte er aber, man dürfe sich nicht in die totale Konfrontation begeben, sondern müsse einen konstruktiven Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik leisten und vor allem bemüht sein, die deutsche Frage offen zu halten und in den Verhandlungen soviel wie möglich für die Menschen im geteilten Deutschland herauszuholen. Dafür waren die Durchsetzung der Menschenrechte, Freizügigkeit für die Bürger in der DDR, für Informationen und Meinungen und das Selbstbestimmungsrecht oberste Richtschnur.⁷⁰ Solange diese Punkte nicht befriedigend geklärt waren, blieb es bei der ablehnenden Haltung des CDU-Vorstands. Nicht zuletzt sahen sich dessen Mitglieder darin bestärkt

67 Vgl. Nr. 2 S. 8, Nr. 5 S. 133: „Diese Regierung hat unsere Positionen verspielt, und wir sind verpflichtet, noch zu retten, was zu retten ist.“

68 Vgl. z. B. von Weizsäcker und Blüm in Nr. 5 S. 128f., 132f., Echternach in Nr. 7 S. 262f.

69 Nr. 4 S. 66.

70 Vgl. Nr. 2 S. 23; die wesentlichen Punkte zur Ostpolitik der CDU skizzierte er in Nr. 9 S. 288.

durch das nur mühsam verborgene Misstrauen gegen die Politik der Bonner Regierung in den westlichen Hauptstädten.⁷¹

Barzels anfangs abwartende, auf bessere Ergebnisse orientierte Linie traf aber nicht auf allgemeine Zustimmung. Seiner Auffassung waren zwar in der ersten ausführlicheren Diskussion im Vorstand am 23. Januar 1970 u. a. Norbert Blüm, Hans Katzer, Richard von Weizsäcker und der Berliner Johann Baptist Gradl, der davor warnte, rückwärtsgewandt zu diskutieren und sich bei den Jüngeren den Vorwurf zuzuziehen, „daß wir nicht entwicklungsfähig sind, daß wir rückständig sind, also wenn sie vornehm sind, sagen sie, daß wir konservativ sind“⁷². Doch gelang es Barzel trotz mancher Nachbesserungen und Klarstellungen der Vertragstexte in der Folgezeit nicht, Vorstand und Fraktion auf eine einigermaßen geschlossene Haltung zum Moskauer (Unterzeichnung am 12. August 1970) und zum Warschauer Vertrag (Unterzeichnung am 7. Dezember 1970) einzuschwören, wenn auch der Wille zur Versöhnung mit Polen allenthalben ausgeprägt war, dieser aber seine Grenzen in der Oder-Neiße-Frage – hier hatte Kiesinger schon am 12. Dezember 1969 klar gegen eine Festlegung Position bezogen⁷³ – und in der unklaren Rechtslage der in den ehemaligen deutschen Ostgebieten verbliebenen Deutschen (Minderheitenschutz) fand⁷⁴.

In den Auseinandersetzungen um die Ratifizierung der ausgehandelten Verträge ging die uneinige CDU davon aus, dass möglicherweise die Berlin-Verhandlungen der Vier Mächte, die im März 1970 aufgenommen worden waren, zu keinem Ergebnis führen würden. Dann hätte aufgrund des Junktims, mit dem die SPD/FDP-Regierung das Inkrafttreten des Moskauer Vertrags an eine befriedigende Berlin-Lösung geknüpft hatte, dieser auch ohne Zustimmung der Opposition scheitern können, so dass sie keine Stellung hätte beziehen müssen.⁷⁵ Obwohl die Union bei den Berlin-Verhandlungen der Vier Siegermächte naturgemäß nicht beteiligt war, befasste sich der CDU-Vorstand – in der nicht unbegründeten Hoffnung, in irgendeiner Weise doch darauf indirekt einwirken zu können⁷⁶ –, eingehend mit den bekanntgewordenen Detailregelungen, gegen die zum Teil erhebliche Vorbehalte artikuliert wurden.⁷⁷ Der erfolgreiche Abschluss der Vier-Mächte-Verhandlungen am 3. September 1971 durchkreuzte diese strategischen Überlegungen. Trotz mancher Kritik in Einzelpunkten neigte man der Auffassung zu, dass das Berlin-Abkommen ein *Modus Vivendi* sei, mit dessen Ergebnis man leben könne.⁷⁸

Die CDU kam aufgrund der damit veränderten Lage nun nicht umhin, zu den Ost-

71 Nr. 7 S. 224, Nr. 19 S. 552 f., Nr. 23 S. 763 f.; vgl. dazu Dominik GEPPERT: Großbritannien und die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik. In: *VfZ* 3/2009 S. 385–412; Carole FINK/Bernd SCHÄFER: *Ostpolitik, 1969–1974. European and Global Responses*. New York 2009.

72 Nr. 5 S. 139 f.

73 Nr. 4 S. 60; vgl. auch Kohl in Nr. 20 S. 622.

74 Nr. 13 S. 360 f., Nr. 20 S. 626 f.

75 Dazu Barzel in Nr. 10 S. 327.

76 Nr. 9 S. 296 f., 299–306, Nr. 14 S. 378. Vgl. auch die Ausführungen Barzels in Nr. 17 S. 467–477.

77 Zusammenfassung der Bedenken in Nr. 17 S. 460.

78 Eingehende Diskussion EBD. S. 458–495.

verträgen Stellung zu beziehen. Am 25. Oktober 1971 meinte Barzel, „es hat sich aus unserer Sicht an der Sache nichts geändert, d. h. an der Ablehnung der Verträge“⁷⁹, und am 16. Dezember 1971 legte er sich auch im CDU-Präsidium fest: Der Moskauer Vertrag sei so nicht annehmbar, „weil 1. keine Bereitschaft zur Anerkennung der Realität Europa (EWG), ganz zu schweigen von politischer Union, 2. keine Aufnahme der Frage der Freizügigkeit (Menschen, Informationen, Meinungen) in dem Bereich Entspannungspolitik, 3. keine Aufnahme der Frage des Selbstbestimmungsrechts in den Vertrag“ erkennbar sei.⁸⁰ Weil diese „essentials“ dem Bundesvorstand nicht befriedigend geklärt schienen, verabschiedete er am 24. Januar 1972 einstimmig eine Resolution, in der die Verträge abgelehnt wurden. Die in der Sitzung vom 25. Oktober 1971 mehrfach ausgesprochene Warnung, dass die CDU es mit einer derart klaren Haltung sehr schwer haben würde, die Mehrheit zu überzeugen, deutete bereits auf das Problem hin, das mit einer „Neinsager-Rolle“ verbunden war. Deshalb forderte Kohl in der gleichen Sitzung: „Dieses Nein muß auf eine sehr differenzierte, argumentierende Art begründet und vorgetragen werden.“⁸¹ In diesem Sinne argumentierte Barzel in der ersten Lesung der Ostverträge am 23. Februar 1972 mit seinem „So nicht“. Zu einer in der Öffentlichkeit als wirklich eindeutig wahrgenommenen Haltung kam es aber nicht. Vielmehr setzte sich der Eindruck fest, die CDU laviere und befinde sich in einem totalen „Wirrwarr“ („Die Zeit“), der ihr nicht erlaube, eine klare Position zu beziehen. Strauß tat dies zwar als Medienkampagne ab, musste gleichzeitig aber einräumen, dass es in der Union durchaus unterschiedliche Meinungen gebe.⁸² Und von Weizsäcker stellte mit Bedauern fest, „es wäre viel bequemer, wenn wir uns in der Ostpolitik nicht so prinzipiell in die Schlacht geworfen hätten“.⁸³

Mit dem Misstrauensvotum vom 27. April 1972, dem „spontane“ Arbeitsniederlegungen, Protestkundgebungen, Resolutionen, Telegramme und Drohungen vorausgingen⁸⁴, hoffte die Union, das Ziel zu erreichen, nach einer Regierungsübernahme mit Moskau und Warschau neu zu verhandeln, um die Verträge zu verbessern. Es scheiterte jedoch. Vorherige Angebote der CDU, gemeinsam mit der Regierung dieses Ziel zu verfolgen, waren abgelehnt worden.⁸⁵ Nach dem Patt bei der Abstimmung um den Kanzleretat am folgenden Tag ergab sich aber die Chance, auf die Ostpolitik der Regierung erstmals direkten Einfluss nehmen zu können. Der Hebel dafür sollte eine gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestags sein, die eine verbindliche Interpretation der Ostverträge aller Fraktionen fixieren und sie „durch die entscheidende Klarstellung, daß sie die deutsche Frage nicht präjudizieren und einem Friedens-

79 Nr. 19 S. 555.

80 Tagebucheintrag Kiep vom 16. Dezember 1971 (ACDP 01–867); vgl. auch Nr. 20 S. 612–616.

81 EBD. S. 621.

82 Nr. 23 S. 784.

83 EBD. S. 776.

84 „Der Sturz einer Regierung ist eine Sache, die die Deutschen nicht goutieren“ – so notierte Kiep in seinem Tagebuch vom 27. April 1972 (ACDP 01–867).

85 Vgl. Nr. 23 S. 756, 792.

vertrag nicht vorgereifen, zustimmungsfähig machen“ sollte.⁸⁶ In der Vorstandssitzung vom 15. Mai 1972 ließ Barzel – wohl im Wissen um die divergierenden Meinungen im Vorstand und in der Fraktion – seine eigene Haltung offen und machte sie von weiteren Verhandlungen mit der Regierung abhängig. Dennoch verstand sich der Vorstand dazu – bei nur einer Gegenstimme (Franz Amrehn) und einer Enthaltung (Heinrich Windelen) – die Zustimmung zu dieser „Gemeinsamen Entschließung“ zu empfehlen, die am 9. Mai von Horst Ehmke, Hans-Dietrich Genscher, Werner Marx und Franz Josef Strauß ausgehandelt worden war.⁸⁷ Das „Ja“ zu den Ostverträgen schien damit in greifbarer Nähe. Allerdings stand das nach langer Diskussion im Vorstand fast einmütig erreichte positive Votum unter dem Vorbehalt, dass „die letzte Entscheidung“ bei der Fraktion liege, die bei den Verträgen bisher immer auf Ablehnungskurs gewesen war.⁸⁸ So war es wenig verwunderlich, dass sich einflussreiche Fraktionsmitglieder weigerten – insbesondere legte sich die CSU-Landesgruppe quer –, aufgrund dieser Entschließung des Bundestags am 17. Mai 1972 nun doch geschlossen den Ostverträgen zuzustimmen. Die CDU/CSU-Fraktion folgte also ihrem Vorsitzenden nicht, der, nachdem die Sowjetregierung signalisiert hatte, die „Gemeinsame Entschließung“ entgegenzunehmen, für ein „Ja“ zu den Verträgen plädierte, sondern einigte sich unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung im Bundestag auf den kleinsten gemeinsamen Nenner – die Stimmenthaltung.⁸⁹ Barzel meinte, damit „die Ehre gewahrt“ zu haben.

Doch selbst hier erreichte Barzel die Integration der Fraktion mit dem Ziel eines geschlossenen Auftretens der Opposition nicht: Zehn Abgeordnete stimmten gegen den Moskauer und 17 gegen den Warschauer Vertrag. Obwohl die Union die „Entschließung“ gemeinsam mit der Koalition verabschiedete und mit ihrem Abstimmungsverhalten die Verträge in Kraft treten ließ, haftete ihr in der Bevölkerung, die mehrheitlich zugunsten der Ostpolitik der Koalition eingestellt war, der Ruch einer totalen Konfrontationspolitik an. Der Wählerschaft präsentierte sie sich als Partei von gestern – eine denkbar schlechte Voraussetzung für kommende Wahlauseinandersetzungen. Auch das Ansehen des Fraktions- und Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten war durch sein Lavieren und sein zweimaliges Scheitern – beim abgelehnten

86 Nr. 24 S. 794 f.

87 Tagebuch Kiep vom 8. Mai 1972: „Die Positionen der CDU-Politik sind hierin voll gewahrt.“ (ACDP 01–867) – Zur Diskussion vgl. Nr. 25.

88 LINK (wie Anm. 66) S. 132.

89 Der Schock über die Entscheidung des 17. Mai 1972 wirkte noch lange nach (vgl. Nr. 33 S. 1288, 1292–1294, Nr. 33 S. 1261). Kiep hielt dazu in seinem Tagebuch am 5. Oktober 1973 (ACDP 01–867) nach einem Gespräch mit Werner Marx fest: „Was er dazu sagt, ist sensationell! Danach hat Barzel ihn und Strauss bis kurz vor Ende im Glauben gelassen, er wolle auf ein Nein hinaus und betrachte die Gemeinsame Erklärung lediglich als eine Interpretationsskizze für eine künftige CDU-Regierung. Erst wenige Tage vor der Abstimmung habe er dann Farbe bekannt! Wenn dies zutrifft, wird auch erklärlich, wieso Strauss bei der Erwähnung Barzel und 17. Mai jedes Mal apoplektisch anläuft.“ – Vgl. Wolfgang JÄGER: Die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition 1969–1974. In: Karl-Dietrich BRACHER/Wolfgang JÄGER/Werner LINK: Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt. Stuttgart 1986 S. 64 f.

Einleitung

Misstrauensvotum und bei der Verweigerung, seinem Appell zu folgen, den Ostverträgen zuzustimmen – innerhalb kurzer Zeit erheblich beschädigt.

Zehn Tage vor der Bundestagswahl wurde der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR paraphiert. Nach der schweren Wahlniederlage von 1972 war die Union nicht mehr in der Lage, sein Inkrafttreten zu verhindern. Sie war nun aber frei von außenpolitischen Rücksichtnahmen und parteitaktischen Erwägungen, so dass sie klarer als bei den Ostverträgen ihre politischen Grundpositionen vertreten konnte. Sie kritisierte unter Verweis auf das im Grundgesetz festgeschriebene Ziel, die staatliche Einheit aller Deutschen anzustreben, nicht nur scharf, dass der Vertrag die Existenz zweier selbständiger, voneinander unabhängiger deutscher Staaten und damit die Teilung Deutschlands festschreibe, sondern auch, dass die DDR als Unrechtsstaat hingenommen werde.⁹⁰ So lehnte sie den Vertrag mit großer Mehrheit ab. Dass diese Geschlossenheit brüchig war, zeigte sich jedoch sehr schnell, als es um die Frage ging, ob die Union gegen den Vertrag Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erheben sollte, um dessen Verfassungswidrigkeit feststellen zu lassen. Vorstand und Präsidium waren dagegen und plädierten für eine politische Auseinandersetzung, aber wiederum gelang es – vor allem wegen anderer Vorstellungen der CSU – nicht, die CDU/CSU zu einer einheitlichen Haltung zu bewegen: Nur 93 stimmten ihm in der Fraktionssitzung am 8. Mai 1973 zu, 101 Fraktionsmitglieder (bei einer Enthaltung) votierten gegen Barzels Empfehlung.⁹¹

INNERE REFORMEN

Auch in der Innenpolitik grenzte sich die Opposition scharf von der Regierung ab, suchte allerdings im Gesetzgebungsverfahren durchaus konstruktiv mitzuarbeiten und so die Politik durch Alternativangebote mitzuprägen.⁹² Tatsächlich wurden die ersten Gesetzentwürfe nach der Bundestagswahl von der CDU/CSU eingebracht.⁹³ In der gesamten Wahlperiode legte die CDU/CSU 122 Entwürfe vor, die zu einem nicht geringen Teil in die Regierungsvorlagen übernommen wurden. Etwa 93 % der Gesetzesvorlagen stimmte die Opposition zu⁹⁴; von einer Verweigerungshaltung wie bei der Ostpolitik war sie im innenpolitischen Bereich also weit entfernt, wobei die Alternati-

90 Vgl. dazu die Diskussion in Nr. 31.

91 LINK (wie Anm. 65) S. 134f. Erste Überlegungen für eine mögliche Klage in Nr. 20 S. 611, Nr. 31 S. 1078; vgl. auch Nr. 33 S. 1262.

92 Vgl. Nr. 7 S. 217: „Auf den ... Gebieten der Innenpolitik bietet sich statt des bloßen Angriffs, der bloßen Kritik – an der Regierung natürlich – an, daß wir selber Zeichen setzen.“ Vgl. auch S. 247.

93 Änderung des Wohngeldgesetzes (BT-Drs. VI/2), Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes (BT-Drs. VI/3), Gaststättengesetz (BT-Drs. VI/5), Schutz gegen Fluglärm in der Umgebung von Flughäfen (BT-Drs. VI/7), Änderung des Wehrsoldes (BT-Drs. VI/8).

94 Im Juli 1971 – so Barzel – hatte die CDU/CSU nur elf von 152 Gesetzen nicht zugestimmt (Nr. 16 S. 422).

Einleitung

ven der Union in der veröffentlichten Meinung regelmäßig „als Nein zur Sache gewertet“ würden, wie Gerhard Stoltenberg beklagte⁹⁵. In der Wirtschafts- und Stabilitätspolitik verfolgte sie allerdings einen scharfen Konfrontationskurs. Aus dem breiten Spektrum der im CDU-Vorstand behandelten innenpolitischen Themen seien nur einige als exemplarisch für die breite Diskussion und Meinungsbildung herausgegriffen.

Stabilitätspolitik

In erster Linie bekam die Union durch die überhitzte Konjunktur mit ihren starken inflationären Tendenzen Munition gegen die Regierung an die Hand, deren Reformpläne durch die Finanzprobleme erheblich beeinträchtigt wurden. Skepsis dazu hatte Kiesinger schon am 2. Oktober 1969 angemeldet.⁹⁶ Auftrieb erhielt die Union dabei durch den Rücktritt von Bundesfinanzminister Alex Möller im Mai 1971. Schon Anfang 1970 hatte Kiesinger ihn als „äußerst soliden Finanzminister“ bezeichnet, „der eher mit seiner eigenen Partei brechen würde, als mit dem Ruf eines schlechten Finanzministers in die Geschichte“ einzugehen.⁹⁷ Als schließlich im Juli 1972 auch „Superminister“ Karl Schiller zurücktrat, der zusätzlich zu seinem Amt als Bundeswirtschaftsminister von Möller auch das Finanzressort übernommen hatte und schließlich aus der SPD austrat, fühlte sich die Union in ihrer kritischen Einstellung bestätigt. Die Begründung für seinen Rücktritt – die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Brandt und die Verletzung der Grundsätze der Marktwirtschaft – war Wasser auf die Mühlen der Union. Es fiel ihr angesichts der Überhitzung der Konjunktur leicht, der Regierung wirtschafts- und finanzpolitisches Versagen vorzuwerfen, zumal die Inflationsrate von 1970 bis 1971 um fast 6 % anstieg.

Der Vorstand – federführend war in diesem Feld Stoltenberg – sah in der vorgesehenen Steuerreform der Regierung Probleme mit dem Länderfinanzausgleich, kritisierte das Haushaltsgebaren und die deshalb fast unausweichlichen Steuererhöhungen⁹⁸ und gab vor der Landtagswahl von Baden-Württemberg eine scharfe Erklärung ab, die offensichtlich ihre Wirkung nicht verfehlte. So meinte Barzel aufgrund der CDU-Positionen in diesem Sektor, mit Selbstbewusstsein in die Bundestagswahl 1972 gehen zu können. Er bezeichnete es als falsch, dass viele meinten, „wir lebten jetzt nur von den Fehlern anderer. ... Wir haben Opposition betrieben, die argumentativ war, die nicht geballert hat, die Alternativen geboten hat. Wir haben mit beinahe gnadenloser Konsequenz drei Jahre Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik als eines gesehen.“⁹⁹

Nach der Wahl war man klüger als vor der Wahl. So stellte am 20. November 1972 Wilfried Hasselmann fest, „daß nach den drei Jahren in der Bevölkerung die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht spürbar geworden und damit ins Be-

95 Nr. 19 S. 568; vgl. auch S. 571, 578.

96 Nr. 2 S. 7, Nr. 7 S. 215 : „Diese Regierung (hat) den Mund sehr voll genommen und in der Tat nicht gehalten, was sie versprochen hat“; vgl. auch Gerhard Stoltenberg Nr. 5 S. 164–167.

97 Nr. 5 S. 167.

98 Nr. 17 S. 495–508, Nr. 27 S. 888–894.

99 Nr. 26 S. 851.

Einleitung

ußtsein der Bevölkerung gegangen sind“.¹⁰⁰ Und Stoltenberg bemängelte, dass die Partei – aber nicht allein in diesem Feld – „personell und vor allem strukturell“ schlecht aufgestellt wäre.¹⁰¹ Grundsätzlich blieb der Vorstand jedoch seiner bisherigen Linie treu und warf der neuen Regierung vor, sie betreibe Stabilitätspolitik „unter Umgehung des Stabilitätsgesetzes“¹⁰². Die Auseinandersetzung hielt also auch in der neuen Legislaturperiode an.

Gegen die aufgrund der Haushaltsprobleme steckengebliebenen oder gar ausgebliebenen Reformen der SPD/FDP-Koalition, an deren allzu optimistischen Planung die Union von Anfang an erhebliche Zweifel geäußert hatte, waren von der CDU im Lauf der 6. Legislaturperiode verstärkt eigene Initiativen entwickelt worden – nicht zuletzt, um ihr Profil zu schärfen und den Wählern eine Alternative zu bieten, also um neue Attraktivität zu gewinnen und den Vorwurf mangelnder Modernität zu entkräften – und gewissermaßen mit der Regierung um die besten Gesetze zu wetteifern.¹⁰³ Dazu zählten insbesondere die Gesellschaftspolitik (Vermögensbildung, Mitbestimmung), die Bildungspolitik, die Rentenpolitik, der Bereich der Inneren Sicherheit, um nur einige der Politikfelder zu nennen, mit denen sich der CDU-Bundesvorstand intensiv befasste.

Sozialpolitik

Im Bereich der sozialen Sicherung ragte das Rentenreformgesetz von 1972 heraus. Hier war die CDU – allen voran der frühere Arbeitsminister Hans Katzer – die treibende Kraft. Aufgrund der Zahlen der Regierung sah er für Reformen einen Spielraum von 136 Mrd. D-Mark für Rentenanpassungen und die Einführung der flexiblen Altersgrenze.¹⁰⁴ Aber die CDU musste erfahren, dass das von ihr im Bundestag gegen den ursprünglichen Willen der Regierung und der Koalitionsfraktionen 1972 durchgesetzte Reformvorhaben – Vorziehung der jährlichen Rentenanpassung auf den 1. Juli jeden Jahres, Rentenniveausicherungsklausel, Einführung der flexiblen Altersrente, Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Selbständige und Handwerker¹⁰⁵ – nicht ihr, sondern der Regierung zugeschrieben wurde.¹⁰⁶

Auch in der Vermögenspolitik stellte die CDU der Regierung, die nicht grundsätzlich neue Weichen zu stellen vermochte, ein eigenes Konzept entgegen. Zwar erhöhte diese im Dritten Vermögensbildungsgesetz von 1970 die jährlichen Leistungen von 312 auf 624 D-Mark, doch gedieh ihr Plan, Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand zu

100 Nr. 30 S. 1014.

101 Nr. 32 S. 1155.

102 Nr. 33 S. 1277–1280.

103 Nr. 7 S. 232: „Was wir jetzt da begonnen haben, ist der Versuch, daß wir nicht unbedingt eine Kontrastpartei mit einer Kontrastpolitik sind, sondern daß wir eine Wettbewerbspolitik betreiben um die bessere Idee und die klügeren Gedanken“ (Hans Katzer).

104 Nr. 16 S. 409f., S. 412–414.

105 Nr. 11 S. 340.

106 Nr. 19 S. 571, Nr. 30 S. 1010, 1015 usw.

schaffen, nicht über Vorarbeiten hinaus. Kraske warf der SPD sogar eine „Vermögensblockade“ vor.¹⁰⁷ Federführend für die vermögenspolitischen Vorstellungen der CDU war Fritz Burgbacher, der bereits 1969 einen Plan vorgelegt hatte, der nach intensiven Diskussionen im CDU-Vorstand in erweiterter Form als Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Fraktion in den Bundestag eingebracht wurde.¹⁰⁸ Allerdings waren Burgbachers Vorstellungen in seiner Partei nicht unumstritten. Vor allem die Mittelstandsvereinigung machte wettbewerbs- und strukturpolitische Bedenken geltend, so dass seine Bemühungen von Parteiseite nur halbherzig unterstützt wurden, von der Ablehnungsfront aus Wirtschaft, Gewerkschaften und SPD/FDP-Regierung ganz zu schweigen.¹⁰⁹ Da das Thema in der 6. Wahlperiode nicht weiterverfolgt wurde, brachte die CDU/CSU-Fraktion es 1973 erneut in den Bundestag.¹¹⁰ Auch stellte eine „Sonderkommission Eigentum“ des CDU-Vorstands im Frühjahr 1973 die weiterentwickelten Vorstellungen in der Vorstandssitzung am 25. Mai zur Diskussion.¹¹¹ Obwohl der Antrag über die vermögenspolitischen Leitsätze auf dem Hamburger Parteitag fast einstimmig verabschiedet wurde, gelang es trotz aller Bemühungen nicht, im Parlament eine Mehrheit für das vermögenspolitische Konzept zu erreichen. Langfristig verlief diese Initiative im Sande.

Bildungspolitik

War die Bildungspolitik in den 1960er Jahren noch von einem überparteilichen Konsens getragen, so stellte sich bald nach Antritt der sozialliberalen Koalition heraus, dass die bildungspolitischen Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien aufgrund der gesellschaftspolitischen Ansprüche der Regierung aufgekündigt wurden.¹¹² Es kam zu einem „fanatisch geführten Kulturkampf“, der sich an den Fragen Gesamtschule und Orientierungsstufe, Lehrerbildung, Berufliche Bildung, Hochschulmitbestimmung und nicht zuletzt an den hessischen Rahmenrichtlinien für Deutsch und Gemeinschaftskunde¹¹³ entzündete. Die CDU sah in den Vorstellungen der Regierung ein Einmünden in das Fahrwasser ideologisch geprägter linker Gesellschaftskritik und Systemveränderung. Als die Bundesregierung im Juni 1970 einen Bericht zur Bildungspolitik vorlegte, der die bisherige Politik der Länder in Frage stellte und Gesamtschule und Gesamthochschule als einzige Normalformen forderte, verhärteten sich die Fronten zusehends. CDU und CSU lehnten die erstrebte Ausweitung der Bundeskompetenzen ab und pochten auf die Kulturhoheit der Länder.¹¹⁴

Immer wieder kam auch der Komplex „Berufliche Bildung“ zur Sprache, zu dem

107 Nr. 26 S. 865. Vgl. auch Nr. 7 S. 233–235.

108 BT-Drs. VI/3526 vom 14. Juni 1972.

109 Vgl. Nr. 35 S. 1468.

110 BT-Drs. VII/294.

111 Nr. 36. S. 1492–1503.

112 JÄGER (wie Anm. 89) S. 129–137.

113 Vgl. Nr. 33 S. 1305.

114 Vgl. Nr. 16 S. 414–429.

Einleitung

die CDU/CSU-Fraktion am 25. Januar 1972 einen eigenen Gesetzentwurf einbrachte. Doch erst mit der „Gölter-Kommission“, einer Kommission der Fraktion, kam es im Jahr 1973 zu einer systematischen Befassung. Gölter legte dazu im Vorstand am 25. Mai drei Alternativmodelle vor.¹¹⁵ Allerdings blieb auch nach längerer kontroverser Diskussion die Frage offen, für welches der drei Modelle sich CDU und CSU und die CDU/CSU-Fraktion entscheiden würden. Einheitlichkeit sollte der Kernpunkt der neuen Oppositionsstrategie sein, die Barzel an diesem Beispiel aufgrund seiner eigenen leidvollen Erfahrungen in der abgelaufenen Legislaturperiode am 12. Mai 1973 annahnte.¹¹⁶

Intensiv diskutierte der CDU-Vorstand u. a. auch die Frage der Mitbestimmung an den Hochschulen, das Hochschulrahmengesetz und das Berufsbildungsförderungsgesetz, das die Regierung 1971 auf den Weg brachte. Die Union legte einen eigenen Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes vor, das die Funktionsfähigkeit der Hochschulen, vor allem die Freiheit von Forschung und Lehre für eine sachgerechte wissenschaftliche Ausbildung sichern sollte. Auch hier zeigte sich die Schwierigkeit, eine einheitliche Linie zu finden.

Mitbestimmung

Im Januar 1972 trat das neue Betriebsverfassungsgesetz in Kraft, dem auch ein Teil der Opposition zustimmte. Dabei war in der CDU die Frage der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Unternehmen heftig umstritten.¹¹⁷ Noch in der Großen Koalition war eine Mitbestimmungskommission unter Leitung von Kurt Biedenkopf eingesetzt worden, die in ihrem Bericht Anfang 1970 nicht die von der SPD favorisierte paritätische Lösung empfahl. Auf diesen Bericht ging erstmals Hans Katzer am 23. Januar 1970 mit kritischen Bemerkungen ein, an die sich sofort eine kontroverse Diskussion anschloss.¹¹⁸ Auf dem Düsseldorfer Parteitag von 1971 setzte sich zwar die Auffassung Alfred Dreggers und des CDU-Wirtschaftsrats mit der Formel „sieben Kapitaleigner : fünf Arbeitnehmer“ durch¹¹⁹, doch damit flaute die innerparteiliche Diskussion keineswegs ab. Mit dieser Mehrheitsentscheidung wollten sich vor allem die Vertreter der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft nicht abgeben und verlangten eine Neudiskussion. Der innerparteiliche Streit um das richtige Konzept dauerte weiter an. In den Diskussionen des CDU-Vorstands prallten die Meinungen zwischen dem wirtschaftliberalen und dem christlich-sozialen Flügel sowie den Vertre-

115 Nr. 36 S. 1522–1537.

116 Nr. 35 S. 1342.

117 Vgl. ZOLLEIS (wie Anm. 14) S. 151–179.

118 Nr. 5 S. 157–163.

119 Kohl war zwar für das Modell Biedenkopfs, wonach die Vertreter der Arbeitnehmer bei Personalentscheidungen und sozialen Belangen des Betriebs, nicht aber bei Investitionsentscheidungen weitgehend mitwirken konnten, stimmte aber versehentlich für das Dregger-Modell, was er als den „dümmsten Fauxpas“ in seinem politischen Leben bezeichnete (wie Anm. 17 S. 277f.; vgl. auch Nr. 17 S. 523).

tern der Nachwuchsorganisationen, die sich insgesamt für eine stärkere Partizipation der Bürger und die Demokratisierung der Gesellschaft aussprachen, heftig aufeinander. Repräsentiert wurden diese Gruppen durch Dregger und den Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung Egon Lampersbach auf der einen und Katzer, Norbert Blüm, der JU und des RCDS auf der anderen Seite. Vergeblich appellierte Kraske an die Kritiker des Entscheids von Düsseldorf, auch dann die Mehrheit zu vertreten, wenn sie selbst eine andere Meinung hätten und in der Abstimmung unterlegen seien.¹²⁰ Zur Lösung der umstrittenen Frage waren in der Union verschiedene Kommissionen tätig: in der CDU/CSU-Fraktion, in der CSU-Landesgruppe, und in der CDU befasste sich die Programmkommission mit dem Thema.¹²¹ Das Problem wurde schließlich der Vorbereitungskommission für den Hamburger Parteitag vom 18.–20. November 1973 anvertraut. Sie arbeitete einen Beschlussantrag aus, der zwar im Grundsatz die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte vorsah, dieses Gleichgewicht aber dadurch einschränkte, dass leitende Angestellte als eigene Gruppe betrachtet wurden und darüber hinaus sichergestellt sein sollte, dass die Kapitaleseite in Patt-situationen die Entscheidung treffen konnte.

Rechtspolitik

Umstritten zwischen Regierung und Opposition war auch die Rechtsreformpolitik. Schon das Dritte Gesetz zur Reform des Strafrechts von 1970 wurde gegen den Widerstand der CDU/CSU durchgesetzt. Es betraf u. a. die Änderung des Demonstrationsstrafrechts.¹²² Der Tatbestand des Landfriedensbruchs wurde erheblich eingeschränkt. Für parteipolitischen Streit sorgte vor allem die darin enthaltene Zielsetzung, den Strafvollzug als Verhinderung von Sozialschädlichkeit zur Resozialisierung der Täter und nicht mehr als Sühne und Strafe zu betrachten. Im Hintergrund dieser Regelung stand die Einschätzung der SPD, Straftaten seien auf gesellschaftliche Umstände zurückzuführen; die CDU bestand aufgrund ihres Menschenbilds auf individueller Verantwortung.

Im Prinzip spielte die unterschiedliche rechtliche und ideologische Position der Parteien auch bei der Auseinandersetzung um die umstrittene Reform des Abtreibungsparagraphen 218 StGB eine Rolle, der seit den 1960er Jahren die Öffentlichkeit bewegte wie kaum ein anderes Thema. Das von der sozialliberalen Koalition vorgelegte Fristenregelungsmodell vom 21. März 1973, das auf einen Entwurf von liberalen Strafrechtslehrern von 1970 zurückging, lehnte die CDU ab. Bis Ende 1972 versuchte der Bundesvorstand, eine Festlegung in der Frage einer gesetzlichen Neuregelung möglichst zu vermeiden, da in der CDU „kein Gleichlauf“¹²³ festzustellen war und die Meinungsbildung in der SPD noch als offen und kompromissfähig eingeschätzt wurde.

120 „Handelsblatt“ vom 27. April 1972. Vgl. dazu auch Franz Amrehn in Nr. 19 S. 563.

121 Vgl. Nr. 7 S. 236–238.

122 Vgl. Nr. 6 S. 202.

123 So Barzel in Nr. 20 S. 619.

Einleitung

Erst als sich abzeichnete, dass dieser Prozess zu einem für die CDU unbefriedigenden Ergebnis führen würde, kam der Vorstand auf seinen Beschluss vom 9. Dezember 1971 zurück, in dem er die Gleichwertigkeit von ungeborenem und geborenem Leben betont und sich deshalb gegen die Freigabe der Abtreibung wie auch gegen die Fristenlösung und für eine Indikationslösung ausgesprochen hatte.¹²⁴ Allerdings war dieses Votum postwendend mit einem Fragezeichen versehen worden, weil das Gremium an sich nicht mehr beschlussfähig war.¹²⁵

Erst am 2. April 1973 stand das Thema erneut auf der Agenda¹²⁶. Dieser Diskussion im CDU-Vorstand war eine kontroverse Debatte in der Fraktion vorausgegangen, in der die Mehrheit einen Indikationentwurf befürwortet hatte, der durch gezielte „flankierende Maßnahmen“ die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für die Abtreibung beseitigen sollte. Dazu zählte neben einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs die Einführung eines Erziehungsgeldes, das den Müttern während der ersten drei Lebensjahre des Kindes die Betreuung und Erziehung des Kindes ermöglichen sollte, so dass sie – wirtschaftlich abgesichert – keiner Berufstätigkeit nachgehen mussten. Eine Minderheit von ca. 20–30 Abgeordneten hatte sich aber für eine nur medizinische Indikationsregelung stark gemacht, die als Gruppenantrag Dr. Heck in den Bundestag eingebracht wurde¹²⁷, zwei Abgeordnete sprachen sich für die Fristenlösung aus. Aufgrund dieser unterschiedlichen Positionen in der CDU befürchtete Helga Wex, dass im Bundestag eine Mehrheit dem SPD/FDP-Antrag zustimmen werde¹²⁸ – und so kam es auch am 25./26. April 1973.

Innere Sicherheit

Die Innere Sicherheit hatte für die CDU eine „hohe Präferenz“¹²⁹ und galt als ein Thema „mit der Zielrichtung, den Gegner anzugreifen“, „das am besten auch die Partei integriert und nach vorne bringt“ – so hieß es vor der Bundestagswahl 1972¹³⁰. Gemeint war damit die Bekämpfung von allgemeiner Kriminalität, Gewaltverbrechen, Rauschgiftdelikten sowie von Rechts- und Linksradikalismus. Aufgrund dieser Einschätzung spielte das Thema in zahlreichen Sitzungen – wenn auch nicht immer vorrangig – eine Rolle. Vornehmlich galt das Interesse dem „Radikalismus“, wobei festgestellt wurde, dass „die Grenzen zwischen Bekämpfung der Kriminalität und politischem Radikalismus fließend geworden“ seien¹³¹. Mit der Frage des Radikalismus befasste sich unter einem eigenen Tagesordnungspunkt Alfred Dregger in der Sitzung vom 13. März

124 Nr. 20 S. 624, 656–665.

125 EBD. S. 667.

126 Nr. 34 S. 1326–1335.

127 Dazu GANTE S. 155 f.

128 Nr. 34 S. 1329.

129 Nr. 28 S. 951.

130 EBD. S. 1286.

131 Nr. 22 S. 744.

1972.¹³² Die eigentlich überfällige Debatte darüber war – wie Barzel am 9. Dezember 1971 sich ausdrückte – „ein wenig angehalten“ worden¹³³, weil sich die unterschiedliche Zuständigkeit von Bund und Ländern, bei denen die SPD-geführten in der Überzahl waren, als problematisch herausstellte. Bei aller Bedeutung, die der CDU-Vorstand dem Thema beimaß – das wichtigste nach der Stabilitätspolitik¹³⁴ –, musste er doch am 20. November 1972 bei der Analyse der verlorenen Wahl von Professor Werner Kaltefleiter vernehmen, dass die Kriminalitätsbekämpfung für die Imageverbesserung der CDU „nicht von so großer Bedeutung“ gewesen war¹³⁵.

Bau- und Bodenrecht

Zu einem von der Koalition als wichtig angesehenen Gesetzesvorhaben zählte das Städtebauförderungsgesetz. Während die Regierung auf die raumordnungspolitische Planung zur Durchsetzung einer funktionsgerechten Stadt durch den Staat setzte, betonte die CDU aufgrund ihrer programmatischen Schwerpunkte vorrangig die Autonomie privater wirtschaftlicher Entscheidungen. Aber nicht nur wegen dieses ideologischen Gegensatzes waren die Vorstellungen der Regierungsseite heftig umstritten; sie waren es auch, weil sie die Kompetenzen von Ländern und Kommunen massiv tangierten. Dennoch wollte die CDU sich nicht auf eine „Neinsager-Rolle“ festlegen lassen und einen Konfrontationskurs fahren¹³⁶. Sie zeigte sich vielmehr kompromissbereit in der Hoffnung auf entscheidende Verbesserungen und Veränderungen durch den Vermittlungsausschuss. Das am 12. Juli 1972 in Kraft getretene Gesetz war aber von vornherein „weitgehend tot, weil keine große Gemeinde in Deutschland die finanziellen Mittel hat, nach dem Gesetz zu verfahren“ – so Franz Josef Strauß am 14./15. September 1972.¹³⁷

Verquickt war die von der Regierung vorgesehene Förderung des Städte- und Wohnungsbaus mit Fragen des Miet- und Wohnrechts sowie des Bodenrechts. Zwar wurde das Gesetz über Maßnahmen zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie das Erste Wohnraumkündigungsschutzgesetz (1971) nach anfänglichen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition fast einstimmig verabschiedet; es geriet jedoch bald in die Kritik, weil es die Belange der Mieter über die der Vermieter stellte, wirtschaftliche Interessen also hintanstellte, was zu einem Rückgang des Sozialen Wohnungsbaus führte.¹³⁸

Nicht zuletzt aufgrund der Bodenspekulation im Gefolge von Preissteigerungen kam es zu Überlegungen in allen Parteien, das Bodenrecht neu zu regeln. Während die SPD in ihren „Vorschlägen zur Reform der Bodenordnung“ vom Juli 1972 vor-

132 Nr. 22 S. 708–729.

133 Nr. 20 S. 618.

134 Nr. 28 S. 961.

135 Nr. 30 S. 1005.

136 Nr. 16 S. 397, 402f., 405–412.

137 Nr. 27 S. 906, vgl. auch Nr. 26 S. 871 f.

138 Vgl. Nr. 7 S. 232, Nr. 19 S. 556f.

nehmlich darauf abzielte, die Gewinne bei Maklern und Spekulanten abzubauen, was im CDU-Vorstand zur Sorge führte, damit erfolge ein Durchbruch zum Enteignungsprinzip¹³⁹, setzte die CDU andere Prioritäten. Zu einer intensiven und kontroversen Diskussion dieser komplizierten politischen und rechtlichen Materie kam es erst in der Sitzung am 25. Mai 1973. Der frühere Bundesgeschäftsführer Göb als Vorsitzender der Kommission „Bodenrecht“ skizzierte als Ziele zur Weiterentwicklung des Bodenmarkts die Schaffung sozialen Eigentums, die Erweiterung des Zugangs zu Grund und Boden aus sozialen Gründen, die steuerliche Gerechtigkeit sowie städtebauliche Notwendigkeiten.¹⁴⁰ Es wurde – trotz teils erheblicher Einwände – beschlossen, das „Göb-Papier“ in den Parteigremien zur Diskussion zu stellen, um es dann auf dem Parteitag am 18.–20. November in Hamburg endgültig zu behandeln.

BILANZ

Die Protokolle der 36 Sitzungen des Bundesvorstands, der sich gegenüber dem Lenkungsorgan Präsidium als „politisches Beschlußgremium“ verstand¹⁴¹, eröffnen für die Entwicklung der CDU jener Jahre im Bund und in den Ländern und für die Auseinandersetzung mit der Politik der sozialliberalen Koalition in all ihren Facetten tiefe Einblicke. Insbesondere vermitteln sie Motive und Ziele der innen- und außenpolitischen Diskussionen und Weichenstellungen in einer umstrittenen Zeitspanne der Bundesrepublik, die vielfach als „Neugründung“ oder „Umgründung“¹⁴² apostrophiert worden ist. Dabei war allerdings in der Oppositionsphase weniger der Bundesvorstand als vielmehr die Bundestagsfraktion das öffentlichkeitswirksame politische Gravitationszentrum.¹⁴³ Die Fraktion hatte schon in der Amtszeit Kiesingers als Parteivorsitzender und erst recht nach seiner Ablösung durch Barzel die Führungsrolle in der politischen Auseinandersetzung eingenommen. Doch zeigen die intensiven Diskussionen im Parteivorstand, dass in diesem „Beschlußgremium“ ein großer Bedarf an parteiinterner Abstimmung und Neuorientierung, aber auch an mitwirkender Politikgestaltung bestand; seine Impulse kamen allerdings nur partiell zum Tragen. Der Grund dafür lag nicht nur in seiner mangelnden Einmütigkeit, sondern vor allem auch in der Eigenständigkeit und Eigenwilligkeit der Fraktion. Auf diesen Tatbestand wies Barzel im Zusammenhang der „Sorge vor einer Fraktionspartei“ hin, als er meinte, es sei die „Pflicht einer politischen Parteiführung, ihre Meinung zu entwickeln und zu sagen“, aber „das Recht und die Pflicht der Abgeordneten, das zu vollziehen oder nicht zu voll-

139 Nr. 27 S. 907.

140 Nr. 36 S. 1504–1522.

141 Nr. 36 S. 1541 f. Vgl. auch Kiesinger in Nr. 6 S. 199.

142 Manfred GÖRTEMAKER: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 2002 S. 271; Clemens ALBRECHT u. a.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt/Main 1999 S. 497 f.

143 Dazu Schwarz-Schilling in Nr. 6 S. 204.

ziehen“.¹⁴⁴ Mit dieser Aussage traf er den Kern der Probleme, die ihm, aber auch der gesamten CDU in der ersten Oppositionsphase die Arbeit schwergemacht hatten. Denn während die CSU mit ihrer Landesgruppe durch ihre Geschlossenheit in der gemeinsamen Fraktion entscheidenden Einfluss gewinnen konnte, zeigten sich die CDU-Abgeordneten in den meisten Fragen – sowohl in der Ost- und Deutschlandpolitik wie auch in der Gesellschaftspolitik – uneins, wenn nicht gar zerstritten. Ob sich hier Versäumnisse hinsichtlich der Klärung inhaltlicher Probleme auswirkten, die während der 1960er Jahre, also vor der Verdrängung in die Opposition, nicht bis zur Entscheidungsreife ausdiskutiert worden waren, ob die Partei den Zug der Zeit teilweise verpasst und die „geistige Führung“ verloren hatte – wie Barzel am 27. Januar 1973 meinte¹⁴⁵ –, oder ob sie von dem Gestaltungswillen und dem rasanten Tempo der SPD/FDP überrollt wurde, sind offene Fragen. Jedenfalls gelang es ihr in den Jahren von 1969 bis 1972 nur bedingt, den notwendigen programmatischen, personellen und organisatorischen Regenerationsprozess so effektiv zu gestalten und das Image einer „womöglich ... altmodischen Partei“¹⁴⁶ abzulegen, dass sie gegenüber der SPD/FDP-Regierung als wählbare Alternative wahrgenommen worden wäre. Noch auf dem Wiesbadener Parteitag hatte Barzel gemeint, „daß wir unsere Alternativen für die Zeit der Opposition deutlich gemacht haben“.¹⁴⁷ Immerhin: Erste Weichen waren mit der Klausurtagung vom 27./28. Januar 1973 gestellt; die Ergebnisse wirkten sich aber erst ab 1973 aus.

ZUR EDITION

Die Eingrenzung der ersten fünf Bände der Protokolle des CDU-Bundesvorstands auf die jeweiligen Legislaturperioden war darin begründet, dass die Partei ihre programmatischen und politischen Ziele jeweils auf den Termin der nächsten Bundestagswahlen ausgerichtet hatte. Beim vorliegenden Band ist von diesem Verfahren abgewichen worden, weil weniger die vorgezogene Bundestagswahl von 1972 einen derartigen Einschnitt bedeutet, als vielmehr der Wechsel im Parteivorsitz von Barzel zu Kohl im Juni 1973. Er leitete für die CDU nach den Turbulenzen der ersten Oppositionsjahre eine neue Ära ein, in der der neue Vorsitzende für 25 Jahre eine fast unangefochtene Stellung erlangte.

Die Einrichtung der Edition folgt den Regeln der bereits veröffentlichten Bände der CDU-Bundesvorstandsprotokolle. In den Kopfregegen sind nur die Sprecher aufgenommen; in eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die als Anwesende erwähnt oder besonders begrüßt worden sind.¹⁴⁸ Von zahlreichen Sitzungen sind zwar Anwesenheitslisten überliefert; sie sind jedoch aus Platzgründen nicht eigens abgedruckt.

Die ungekürzt veröffentlichten Texte beruhen ausschließlich auf den im Archiv für

144 Nr. 35 S. 1340.

145 Nr. 32 S. 1087.

146 So Kraske in Nr. 32 S. 1101.

147 CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 39.

148 Vgl. die Übersicht S. XLII–XLIX.

Einleitung

Christlich-Demokratische Politik archivierten Protokollen. Sie sind bis zum 26. April 1971 – also einschließlich des Protokolls Nr. 15 – als Manuskripte vorhanden – allerdings mit Ausnahmen: Das erste Protokoll ist „wegen unvorhergesehener technischer Störungen bei der Bandaufnahme“ unvollständig. Von der Sitzung am 19. Juni 1970 existiert nur ein Kurzprotokoll, von der Sitzung vom 22. März 1971 ein Verlaufsprotokoll. Die Klausurtagung vom 26.–28. November 1970 ist weder als Transkript noch als Tonbandmitschnitt überliefert. Darüber liegt nur eine Pressemitteilung vor. Auch von der Sitzung am 17. Dezember 1970 fehlt ein Protokoll, hier ist auf ein Kurzprotokoll des CDU-Bundesausschusses zurückgegriffen worden (Nr. 12); Nr. 14 und 15 sind eine Mischform von Verlaufs- und Wortprotokoll. Redaktionell wurde nur marginal eingegriffen: Unvollständige Sätze wurden ergänzt; diese Ergänzungen sind jeweils durch eckige Klammern kenntlich gemacht; offenkundige Hör- oder Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibweise (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) auf den Eingriff hin.

Ab dem 5. Juli 1971 existieren – bis auf wenige Teiltranskripte – nur noch Tonbandaufzeichnungen der Sitzungen (außer von den Sitzungen am 3. Oktober 1971 und 8. Mai 1972; hier ist auf ein Ergebnisprotokoll bzw. eine Pressemitteilung zurückgegriffen worden).¹⁴⁹ Diese vom Tonband übertragenen Texte sind – soweit möglich – im Wortlaut abgedruckt. Ihre Transkription warf allerdings erhebliche Probleme auf, da die Mitschnitte zum Teil von überaus schlechter Qualität sind. Bei nicht wenigen Sitzungen stand offensichtlich nur ein einziges Mikrofon zur Verfügung, das in der Regel wohl vor dem Vorsitzenden platziert war, so dass entfernter sitzende Sprecher nur schwer oder gar nicht zu verstehen sind; teilweise waren sie auch nicht zu identifizieren. Ihre Beiträge konnten deshalb nicht immer vollständig übertragen werden. Einige Tonbandaufzeichnungen sind sogar von so miserabler Qualität, dass eine Transkription unmöglich ist. Generell war für die Tonbandabschriften erhebliche redaktionelle Arbeit vonnöten, um die Wortbeiträge in eine lesbare Form zu bringen. So sind die vielfach unvollständigen Sätze ergänzt und grammatikalische Eigenheiten korrigiert worden.

In einigen Fällen – etwa von Ausführungen des Vorsitzenden oder des Generalsekretärs, teilweise auch von sonstigen Teilnehmern, die ausführlich zu einzelnen Themenkomplexen Stellung bezogen haben¹⁵⁰ – liegen schriftliche Übertragungen vor. Sie wurden in der Regel für den Druck übernommen. Die Überprüfung an den Tonbandaufzeichnungen ergab, dass diese Manuskripte nicht in allen Nuancen mit dem tatsächlich Gesagten übereinstimmen. Waren stärkere Abweichungen festzustellen, sind Ergänzungen anhand der Tonbandabschriften vorgenommen worden – so z. B. bei Nr. 16, wo nur ein unvollständiges und unkorrigiertes Manuskript vorlag. Festzuhalten ist

149 Als Grund, dass keine ausführlichen Wortprotokolle mehr angefertigt wurden, nennt Barzel die „große Vertraulichkeit“ der Sitzungen: „Wir sollten deshalb dabei bleiben, Protokolle dieser Vorstandssitzungen nicht anzufertigen, aber wohl eine Aufzeichnung, die vertraulich festgehalten wird, so daß man daran kann, wenn es sein muß“ (Nr. 19 S. 550).
150 Z. B. Werner Marx Nr. 17 S. 477–492.

Einleitung

aber, dass die Schriftform inhaltlich nicht wesentlich von den Tonbandmitschnitten abweicht.¹⁵¹

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im Wesentlichen auf den Angaben einschlägiger biographischer Nachschlagewerke und Handbücher. Dabei sind vornehmlich nur jene Funktionen und Ämter vermerkt, die die betreffenden Personen im Zeitraum 1969–1973 innehatten. Ansonsten ist – sofern sie bereits in den ersten fünf Bänden erläutert worden sind – auf die dort enthaltenen ausführlicheren Informationen verwiesen.

Literaturhinweise sind bewusst sparsam gehalten, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur schnell überholt ist.

Das Literaturverzeichnis enthält nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang bibliographisch nachgewiesen sind.

Auf die intensive Auswertung verschiedener Nachlässe von Mitgliedern des Bundesvorstands, die nicht im ACDP, sondern in anderen Archiven verwahrt werden (z. B. der Nachlass von Rainer Barzel im Bundesarchiv) ist verzichtet worden, da der umfangreiche Bestand des CDU-Präsidiums und -Bundesvorstands, der CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie der CDU/CSU-Fraktion für die erforderlichen Nachweise eine hinreichende Quellengrundlage bietet.

Den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, seiner Bibliothek und Dokumentation danke ich für tatkräftige Mithilfe. Insbesondere gilt mein Dank Frau Denise Lindsay für ihr anhaltendes Engagement bei den Vorbereitungen für die Kommentierung und die sachgerechte Aufarbeitung der Texte und Anmerkungen sowie für die Erstellung des Sachregisters, Frau Helga Berben für das Korrekturlesen, die Erstellung des Personenregisters sowie sonstige vielfältige Unterstützung, Herrn Michel Hansmann und Herrn Konrad Kühne für die teilweise schwierigen und langwierigen Recherchen in den Beständen der CDU/CSU-Fraktion bzw. der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Zu danken habe ich auch den Leitern und Mitarbeitern zahlreicher Institutionen und Archive für ihre kollegiale Unterstützung. Und nicht zuletzt gebührt ein herzlicher Dank Herrn Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann für freundschaftlichen Rat und Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Rudolf Morsey für seine wie immer hilfreichen Anregungen; er hat sich auch wieder der Mühe unterzogen, das umfangliche Manuskript kritisch durchzusehen.

Günter Buchstab

151 Diese Feststellung dürfte auch für die schriftlich überlieferten Wortprotokolle aus dem gesamten Zeitraum von 1950 bis 1971 gelten – was schon in Bd. 1 der Protokollserie S. XXVI vermutet worden ist.